

Bürgermeisteramt Hilzingen

Landkreis Konstanz

GEMEINDERATSVORLAGE

zu TOP (6) der öffentlichen	Amt	Rechnungsamt
zu TOP () der nichtöffentlichen	Aktenzeichen:	574 - Mö
Sitzung am: 10. Mrz. 2015	Datum:	03.03.2015
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Festsetzung der Freibadgebühren für die Saison 2015		

Für die Freibadsaison wurden die Preise für die Einzeleintritte unverändert gelassen, die Preise für Saison- und Punktekarten erhöht. Dies ist aus Anlage 2 zu ersehen, ebenso die Gebührenentwicklung seit 2003.

In Anlage 1 ist eine Kurzübersicht über die Freibadgebühren der Gemeinde Hilzingen, sowie der umliegenden Freibäder Engen, Singen und Gottmadingen. Engen beabsichtigt keine Erhöhung für 2015. In Gottmadingen werden die bisherigen Gebühren belassen, da es vermutlich auf Grund der Baumaßnahme eine verkürzte Saison gibt. Von der Stadt Singen ist über eine Erhöhung nichts bekannt. Ein Vergleich der Gebühren mit Engen ist recht schwierig, da Engen eine andere Tarifstruktur hat. Beim Vergleich mit Singen ist zu erkennen, dass Hilzingen bei den Einzeleintritten und bei den Saisonkarten über Singen liegt.

Anlage 3 beinhaltet die Haushaltsansätze 2015 im Unterabschnitt Freibad, sowie das vorläufige Rechnungsergebnis 2014 und das Rechnungsergebnis 2013.

Anlage 4 zeigt die Freibadstatistik 2014. Daraus ist ersichtlich, dass 2014 bei den Tageskarten deutlich weniger Einnahmen zu verzeichnen sind, während die Einnahmen aus den Saisonkarten deutlich über dem Ergebnis 2013 liegen. Hier spiegelt sich ganz deutlich das schlechte Wetter im Sommer 2014 wider.

Aus Anlage 5 ist zu sehen, dass der Fehlbetrag in 2014 auf rund 222.000 € ansteigen wird und somit die Kostendeckungsquote deutlich unter dem Ergebnis 2013 liegt. Allerdings sind die kalkulatorischen Kosten noch nicht definitiv berechnet.

Anlage 6 kann in Ergänzung zur Freibadstatistik (Anlage 4) gesehen werden und unterstreicht nochmals die dortigen Aussagen.

Nachdem im vergangenen Jahr die Saison- und Punktekarten erhöht wurden, schlägt die Verwaltung keine Erhöhung vor. Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 3. März dem Gemeinderat empfohlen, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.